

# Mediation im öffentlichen Bereich

Eine rechtstatsächliche und rechtsdogmatische Studie für Österreich und Deutschland

Bearbeitet von  
Sascha Ferz

1. Auflage 2013. Buch. XL, 928 S. Gebunden  
ISBN 978 3 7046 6299 6  
Format (B x L): 15,5 x 23,5 cm

Recht > Zivilverfahrensrecht, Berufsrecht, Insolvenzrecht > Vergütungsrecht,  
Kostenrecht, Berufsrecht > Rechtspflege, Kanzleimanagement

Zu Leseprobe

schnell und portofrei erhältlich bei

  
DIE FACHBUCHHANDLUNG

Die Online-Fachbuchhandlung beek-shop.de ist spezialisiert auf Fachbücher, insbesondere Recht, Steuern und Wirtschaft. Im Sortiment finden Sie alle Medien (Bücher, Zeitschriften, CDs, eBooks, etc.) aller Verlage. Ergänzt wird das Programm durch Services wie Neuerscheinungsdienst oder Zusammenstellungen von Büchern zu Sonderpreisen. Der Shop führt mehr als 8 Millionen Produkte.

# Inhaltsverzeichnis

---

Vorwort.....	VII
Abbildungsverzeichnis .....	XXVII
Tabellenverzeichnis .....	XXIX
Abkürzungsverzeichnis .....	XXXIII
Einleitung.....	1
I. Forschungsstand .....	5
II. Untersuchungsziele und Gliederung .....	12
<b>1. TEIL</b>	
<b>Begriffs- sowie Funktionsklärung und Fallstudie.....</b>	<b>17</b>
I. Zur begrifflichen Orientierung und Abgrenzung des Untersuchungsgegenstands.....	17
A. Definitionsvorschläge für Mediation .....	17
B. Mediation im öffentlichen Bereich.....	20
1. Der Konflikt .....	23
a) Der Konfliktbegriff.....	23
b) Der herkömmliche Umgang mit Konflikten im öffentlichen Bereich .....	25
c) Die Konfliktbearbeitung im Mediationssetting .....	26
2. Die Konfliktparteien .....	29
3. Die MediatorInnen.....	31
4. Das Verfahren .....	32
5. Das Ergebnis und dessen Umsetzung .....	35
C. Ein Definitionsversuch.....	37
II. Verfahrensablauf der Mediation im öffentlichen Bereich .....	37
A. Vorphase .....	39
B. Vorbereitung und Eröffnung .....	40
C. Bestandsaufnahme des Konflikt- und Themenspektrums .....	42
D. Bearbeitung der Konfliktthemen.....	42
E. Optionensuche und Bewertung.....	43
F. Vereinbarung und Implementation .....	44

III. Evaluierung .....	46
A. Empirische Untersuchung.....	46
1. Hintergrund und Ziele.....	46
a) Evaluation der Umsetzung von Mediationsergebnissen bereits abgeschlossener Verfahren in Österreich mit dem Ziel der „Erfolgsmessung“ von Mediation im öffentlichen Bereich .....	46
b) Beurteilung von Mediationsverfahren durch beteiligte Gruppen.....	46
c) Beurteilung von Mediationsverfahren durch Entschei- dungsträgerInnen (VertreterInnen von Behörden und politisch Verantwortliche).....	47
d) Grundlagen der Bewertung von Mediationsverfahren.....	47
2. Forschungsfragen .....	52
3. Methodische Vorgehensweise.....	52
4. Untersuchungsdesign.....	56
a) Auswahl der Mediationsverfahren .....	56
b) Durchführung der Befragungen .....	58
aa) Quantitative Datenerhebung.....	58
aaa) Fragebogenrücklauf.....	58
bbb) Demographische Angaben.....	60
bb) Qualitative Datenerhebung .....	61
B. Auswertung der Fallstudien.....	62
1. Zementwerk Leube .....	62
a) Ausgangssituation .....	62
b) Verlauf des Verfahrens .....	62
c) Ergebnisse und Umsetzung .....	63
2. Sägewerk Ybbs .....	64
a) Ausgangssituation .....	64
b) Verlauf des Verfahrens .....	65
c) Ergebnisse und Umsetzung .....	66
3. Natura 2000 Gebiet Verwall.....	67
a) Ausgangssituation .....	67
b) Verlauf des Verfahrens .....	68
c) Ergebnisse und Umsetzung .....	70
4. Yppenplatz & Markt .....	70
a) Ausgangssituation .....	70
b) Verlauf des Verfahrens .....	71
c) Ergebnisse und Umsetzung .....	72
C. Darstellung der Ergebnisse der quantitativen Untersuchung im Detail .....	73

1. MediationsteilnehmerInnen und Einbindung in das Verfahren.....	73
a) Funktionen im Mediationsverfahren.....	73
b) Wahrgenommene TeilnehmerInnen am Mediationsverfahren .....	74
c) Beteiligung aller wichtigen Betroffenen im Mediationsverfahren .....	76
d) Gewünschte zusätzliche TeilnehmerInnen am Mediationsverfahren (offene Frage) .....	77
2. Beauftragung und Kostenverteilung.....	77
a) Wahrgenommene Beauftragung der MediatorInnen .....	77
b) Wahrgenommene Kostenträger für das Mediationsverfahren .....	79
c) Andere Kostenverteilung sinnvoll? .....	80
d) Gründe, warum andere Kostenaufteilung sinnvoll (offene Frage) .....	81
e) Empfehlungen zur Kostendeckung für künftige Mediationsverfahren (offene Frage) .....	81
3. Rechtliche Aspekte.....	82
a) Aufklärung über die rechtlichen Konsequenzen .....	82
b) Grad der Aufklärung.....	83
c) Folgendes hat gefehlt (offene Frage):.....	84
d) Form, in der Ergebnisse der Mediation (Abschlussvereinbarung) festgehalten wurden .....	85
e) Wer hat die Abschlussvereinbarung unterschrieben? (Frage 2.4) .....	86
f) Wer hat die Abschlussvereinbarung unterschrieben – Nennungen zu „einige Beteiligten“ (Mehrfachantworten) .....	87
g) Art der Abschlussvereinbarung zur Förderung der Umsetzung der Ergebnisse.....	88
4. Umsetzung der Ergebnisse.....	91
a) Weitere Treffen nach der Abschlussvereinbarung.....	91
b) Funktion der weiteren Treffen (offene Frage).....	92
c) Schaffung zusätzlicher Einrichtungen für die Umsetzung .....	93
d) Wenn ja, welche? (Frage 2.8) .....	94
e) Zusätzliche Einrichtungen hilfreich? .....	95
f) Bisherige Umsetzung der Ergebnisse im Verfahren .....	95
g) Gründe, warum die im Verfahren vereinbarten Ergebnisse nur teilweise bzw gar nicht umgesetzt wurden (offene Frage).....	96
h) Abweichungen bei der Umsetzung zur Abschlussvereinbarung .....	97

i) Wer gab den Anstoß für die Abweichungen?.....	97
j) Gründe für die Abweichungen (offene Frage).....	98
k) Wer war in die Entscheidungen über diese Abweichungen eingebunden? (offene Frage) (Frage 2.15) .....	99
l) Beitrag der Abweichungen zu einem insgesamt positiven Ergebnis .....	99
m) Vereinbarung eines Zeitplans für die Umsetzung.....	100
n) Einhaltung dieses Zeitplans.....	100
o) Gründe, warum der Zeitplan nicht eingehalten wurde (offene Frage) .....	101
p) Günstige Faktoren für die Einhaltung des Zeitplans (offene Frage) .....	101
q) Parteistellung im nachfolgenden Verwaltungsverfahren ....	102
r) Stellung, die die im nachfolgenden Verwaltungsverfahren entscheidenden BehördenvertreterInnen im Mediations- prozess einnahmen .....	102
5. Einstellung zum konkreten Verfahren aus heutiger Sicht .....	103
a) Einschätzung des Erfolgs des Mediationsverfahrens.....	103
b) Förderliche Kriterien für das Mediationsverfahren .....	106
c) Hinderliche Kriterien für das Mediationsverfahren (offene Frage) .....	114
d) Geeigneter Zeitpunkt für Beginn des Mediationsver- fahrens.....	116
e) Effekte, die das Mediationsverfahren entfaltet.....	117
f) Erneute Teilnahme an einem Mediationsverfahren.....	121
6. Rechtliche Fortentwicklung der Mediation im öffentlichen Bereich .....	122
7. Vergleich nach Funktionsgruppen.....	124
a) Mittelwertsvergleiche: Erfolgseinschätzung des Media- tionsverfahrens .....	124
b) Mittelwertsvergleiche: Effekte der Durchführung des Mediationsverfahrens .....	126
c) Erneute Teilnahme an einem Mediationsverfahren.....	128
d) Rechtliche Fortentwicklung der Mediation im öffent- lichen Bereich .....	129
8. Vergleich nach Geschlecht.....	130
a) Mittelwertsvergleiche: Erfolgseinschätzung des Media- tionsverfahrens .....	130
b) Mittelwertsvergleiche: Effekte der Durchführung des Mediationsverfahrens .....	131
c) Erneute Teilnahme an einem Mediationsverfahren.....	133

d) Rechtliche Fortentwicklung der Mediation im öffentlichen Bereich .....	134
9. Vergleich nach Altersgruppen .....	136
a) Mittelwertsvergleiche: Erfolgseinschätzung des Mediationsverfahrens .....	136
b) Mittelwertsvergleiche: Effekte der Durchführung des Mediationsverfahrens .....	137
c) Erneute Teilnahme an einem Mediationsverfahren.....	138
d) Rechtliche Fortentwicklung der Mediation im öffentlichen Bereich .....	139
D. Darstellung der Ergebnisse der qualitativen Untersuchung im Detail .....	140
1. Persönliche Erfahrung mit Mediation .....	140
2. Einbindung in das Mediationsverfahren .....	141
a) Form der persönlichen Einbindung .....	141
b) Welche Art der Einbindung von BehördenvertreterInnen wäre sinnvoll?.....	142
aa) Administrative Projektentscheidungen .....	142
bb) Genehmigungsverfahren .....	142
3. Bewertung der Ergebnisse und der Umsetzung.....	144
a) Rolle der in der Mediation erzielten Ergebnisse und Berücksichtigung derselben im nachfolgenden politisch-administrativen Verfahren .....	144
b) Auswirkungen des Mediationsverfahrens und dessen Ergebnisse auf die konkrete Tätigkeit und den Prozess der Entscheidungsfindung .....	145
aa) Zu den Genehmigungsverfahren .....	145
bb) Zu den politisch-administrativen Projektentscheidungen.....	147
c) Auswirkungen des Mediationsverfahrens auf die Gesamtdauer des Entscheidungsprozesses .....	149
d) Positive und negative Aspekte des konkreten Mediationsverfahrens und dessen Ergebnisse .....	150
aa) Genehmigungsverfahren.....	150
aaa) Materieller Zugewinn .....	150
bbb) Formeller Zugewinn.....	151
ccc) Wirtschaftlicher Ausgleich .....	151
ddd) Problembereich Schutzinteressen .....	151
bb) Politisch-administrative Projektentscheidungen.....	152
aaa) Mediation als Lernprozess.....	152
bbb) Gesellschaftspolitische Implikationen.....	152

ccc) Transfereffekte .....	153
ddd) Gefahrenquellen .....	153
e) Hilfreich oder verzichtbar?.....	154
aa) Genehmigungsverfahren.....	154
bb) Politisch-administrative Projektentscheidungen.....	155
4. Einstellung gegenüber Mediation im öffentlichen Bereich ....	155
a) Meinungsstand nach den gemachten Erfahrungen und Zukunftschancen.....	155
b) Vor- und Nachteile von Mediationsverfahren .....	157
aa) Vorteile .....	158
aaa) Genehmigungsverfahren.....	158
bbb) Administrative Projektentscheidungen .....	159
bb) Nachteile .....	159
aaa) Egoismen und Kurzsichtigkeit .....	159
bbb) Verhandlungsgrenzen.....	160
ccc) Selbstförderung auf Kosten der Allgemeinheit?..	160
ddd) Erfolgsdruck .....	160
5. Rechtliche Einordnung von Mediation .....	161
a) Die Regelungen des UVP-G 2000 als Vorbild?.....	161
b) Auferlegung einer Manuduktionspflicht?.....	162
c) Gibt es an anderer Stelle Handlungsbedarf für den Gesetz- geber? .....	163
6. Empfehlungen.....	163
a) Vorphase .....	163
aa) Wahl der Mediation als geeignetes Konfliktbehand- lungsverfahren .....	163
bb) Abgrenzung der Verfahrenstypen.....	164
cc) Zeitpunkt der Verfahrenseinleitung.....	164
b) Vorbereitungs- und Verhandlungsphase.....	165
aa) Verfahrensdesign .....	165
bb) Auftragsklärung.....	165
cc) Rollenklärung .....	166
dd) Aufgaben der MediatorInnen.....	166
ee) Einbindung der Betroffenen.....	167
c) Umsetzungsphase .....	168
E. Zusammenfassung der Ergebnisse der quantitativen und der qualitativen Untersuchung sowie Schlussfolgerungen.....	168
1. Ausgangsdaten.....	168
2. Vorüberlegungen zum Einsatz von Mediation .....	169
a) Unterschiedlichkeit der Verfahren .....	169
b) Prüfkriterien .....	169

3.	Finanzierung von Mediationsverfahren .....	171
a)	Kostenträger und Finanzierungsbedarf .....	171
b)	Rückschlüsse .....	173
4.	Initiierung der Verfahren .....	174
5.	Auswahl und Beauftragung von MediatorInnen.....	174
6.	Anforderungsprofil für MediatorInnen und Forderungen an das Verfahren .....	175
7.	MediationsteilnehmerInnen und Einbindung von Behörden- vertreterInnen in das Verfahren .....	177
a)	Der „Parteienbegriff“ im Mediationsverfahren.....	177
b)	Einbindung von Verwaltung und Politik.....	179
8.	Ergebnisse der Mediationsverfahren und deren Umsetzung .	182
a)	Form und Bindungskraft.....	182
aa)	Ergebnisse der Mediationsverfahren .....	182
aaa)	Leube/Gartenau.....	182
bbb)	Ybbs.....	182
ccc)	Verwall.....	183
ddd)	Yppenplatz .....	183
bb)	Abschlussvereinbarung.....	184
b)	Umsetzung der Ergebnisse.....	185
aa)	Begleitung der Umsetzungsphase.....	185
bb)	Grad der Umsetzung der Ergebnisse .....	187
cc)	Abweichungen von der Abschlussvereinbarung.....	188
dd)	Zeitplan für die Umsetzung der Ergebnisse .....	189
9.	Auswirkungen des Mediationsverfahrens auf die behördliche Tätigkeit und den Prozess der Entscheidungsfindung.....	189
a)	Genehmigungsverfahren .....	190
b)	Administrative Projektentscheidungen.....	191
10.	Einstellung zum konkreten Verfahren aus heutiger Sicht .....	192
a)	Ex post Einschätzung des Erfolgs der Mediationsverfahren	192
aa)	Einschätzung durch die MediationsteilnehmerInnen ..	192
bb)	(Externe) Bewertung durch die Behördenvertrete- rInnen .....	195
b)	Effekte des Mediationsverfahrens .....	196
aa)	Aus Sicht der MediationsteilnehmerInnen .....	196
bb)	Aus Sicht der BehördenvertreterInnen .....	197
c)	Kriterien .....	199
aa)	Förderliche Kriterien für das Mediationsverfahren .....	200
aaa)	Nach Projekten.....	200
bbb)	Nach Funktionsgruppen.....	200
ccc)	Funktion der Anwaltschaft.....	201
bb)	Hinderliche Kriterien für das Mediationsverfahren.....	202



11. Vergleich der untersuchten Verfahren .....	203
12. Rechtliche Fortentwicklung der Mediation im öffentlichen Bereich .....	205
a) Ergebnisse der Befragung von TeilnehmerInnen an den Mediationsverfahren .....	206
b) Ergebnisse der Befragung von BehördenvertreterInnen ....	207
13. Schlussfolgerungen.....	209
<b>2. TEIL</b>	
<b>Mediation im öffentlichen Bereich in Deutschland.....</b>	<b>213</b>
I. Ausgangslage.....	213
A. Vorbemerkungen .....	214
B. Problemstellung .....	220
II. Informelles Verwaltungshandeln .....	222
A. Notwendige Abgrenzungsbemühungen.....	226
B. Beurteilung von informellen Verfahren und deren Verhandlungsergebnissen .....	227
1. Verwaltungswissenschaftlicher Ansatz.....	228
2. Rechtliche Dimension.....	228
3. Zur Zulässigkeit.....	229
4. Zu den Rechtswirkungen.....	230
5. Zu den Grenzen.....	233
C. Informelles Verwaltungshandeln im Vorfeld von Verwaltungsvertragsabschlüssen.....	236
D. Einsatz von MediatorInnen .....	239
III. Verfassungsrechtliche Determinanten .....	241
A. Demokratieprinzip und Verwaltungshandeln .....	241
1. Demokratische Legitimation.....	242
2. Staatliches Handeln als legitimationsbedürftiger Vorgang gem Art 20 Abs 2 GG .....	245
3. Das Staatsvolk als Legitimationssubjekt .....	250
4. Demokratieprinzip und Akzeptanzförderung durch konsensuales Verwaltungshandeln .....	253
5. Einordnung der Partizipationsdebatte in das verwaltungsrechtliche Legitimationsverständnis .....	256
6. Gebot der staatlichen Letztverantwortung.....	260
7. Demokratische Legitimation und Entscheidungsvorbereitung durch MediatorInnen .....	262
8. (Private) MediatorInnen als Beliehene .....	263
9. VerwaltungshelferIn als MediatorIn.....	266
B. Grundsatz der Gesetzmäßigkeit der Verwaltung.....	270
1. Der Vorrang des Gesetzes.....	270

2.	Der Vorbehalt des Gesetzes – Allgemeiner Gesetzesvorbehalt .....	273
3.	Reichweite des Gesetzesvorbehalts bei informellen Absprachen .....	276
	a) Eingriffsverwaltung und Freiwilligkeit von Vereinbarungen .....	276
	b) Die Hinzuziehung von privaten KonfliktmittlerInnen durch die Verwaltung .....	277
	aa) Die Privatisierung von Verwaltungsaufgaben.....	277
	aa) Die Beleihung von Privaten.....	278
	bbb) Die VerwaltungshelferInnen .....	283
	bb) Einordnung der MediatorInnen.....	292
	aa) MediatorInnen und die Verwaltungshilfe .....	293
	bbb) Beliehene MediatorInnen.....	296
C.	Der Einsatz von Mediation im Verwaltungsrecht im Licht der Grundrechte.....	297
	1. Gleichheitsgebot.....	298
	2. Drittschutz bei informell-konsensuellem Vorverhandeln .....	300
D.	Verfassungsrechtlich garantierter Rechtsschutz und Verwaltungshandeln .....	304
E.	Konsensuale Handlungsformen als Verfassungsgebot? .....	309
	1. Demokratieprinzip und Akzeptanz.....	309
	2. Verwaltungsverfahrenseffizienz .....	310
	3. Verhältnismäßigkeitsgrundsatz .....	312
	4. Kooperationsprinzip .....	316
IV.	Verhältnis von Mediation und Verwaltungsverfahren .....	320
	A. Zum Begriff des Verwaltungsverfahrens.....	322
	B. Die Bedeutung des Verwaltungsverfahrens .....	323
	C. Formen des Verwaltungsverfahrens .....	324
	D. Einordnung von Mediationsverfahren.....	325
	1. Abfolgemöglichkeiten.....	325
	2. Mediation als Teil des Verwaltungsverfahrens oder als informelle (Vor-)Verhandlung.....	326
	3. Begründung und Rechtsfolgen eines Verwaltungsrechtsverhältnisses.....	327
	E. Vorlaufende Mediation mit oder ohne Behördenbeteiligung .....	330
	F. Mediation im Zuge des nichtförmlichen Verwaltungsverfahrens .....	331
	G. Integrierte Mediation.....	333
	H. Mitlaufende Mediation .....	336
	I. Förmliches Verwaltungs- und Planfeststellungsverfahren .....	336
	1. Förmliches Verfahren (§§ 63 ff VwVfG).....	336
	2. Planfeststellungsverfahren (§§ 72 ff VwVfG) .....	337
	3. Förmliche Verfahren und Mediation .....	338

4.	Verwaltungsverfahren gem §§ 63 ff VwVfG .....	339
5.	Planfeststellungsverfahren und Mediation.....	342
J.	Auswahl der TeilnehmerInnen .....	344
1.	Meinungsstand.....	346
2.	Schlussfolgerungen zur Auswahl.....	348
K.	Fragen zur Geheimhaltung .....	350
L.	Rechtliche Stellung der MediatorInnen .....	353
1.	MediatorInnen als Beliehene .....	356
2.	MediatorInnen als VerwaltungshelferInnen .....	359
3.	Funktionale Privatisierung und Verwaltungshilfe nach Burgi .....	361
4.	Mediation durch AmtsträgerInnen ieS.....	369
M.	Mediation im VwVfG und in Fachgesetzen – Integrationsver- suche.....	370
1.	Hauptziele .....	370
2.	Umsetzungsmaßnahmen.....	370
3.	Mediation als Beschleunigungsmaßnahme im Genehmigungsverfahren .....	371
4.	Mediation und Immissionsschutzrecht .....	375
a)	Vorantragsverfahren.....	377
b)	ProjektmanagerInnen als MediatorInnen.....	382
c)	Scoping-Verfahren im immissionsschutzrechtlichen Verfahren .....	391
5.	Mediation im Umweltverträglichkeitsprüfungsgesetz.....	391
6.	Bauleitplanung und Mediation.....	397
a)	Einschaltung von Dritten .....	398
b)	Rechtsstellung der MediatorInnen .....	401
c)	Rechtsverhältnis Gemeinde – MediatorIn.....	404
d)	Aufgaben der Dritten, insbesondere der MediatorInnen... ..	406
e)	Einsatz von Mediation in der Bauleitplanung.....	410
f)	Besonderheiten hinsichtlich der Umsetzung von Mediationsvereinbarungen .....	413
7.	Entwurf eines Umweltgesetzbuchs .....	414
a)	Forderung nach Interessenoptimierung.....	415
b)	Stellung der VerfahrensmittlerInnen .....	418
N.	Umsetzung der Verhandlungsergebnisse .....	421
1.	Bindung der Behörde an das Aushandlungsergebnis.....	422
a)	Problem der (faktischen) Vorabbindung.....	423
b)	Vorabbindung und Mediationsverfahren.....	426
2.	Rückgriff auf die Kompetenz zur einseitigen Entscheidung..	427
3.	Akzeptanzmanagement und Letztverantwortung .....	429
O.	Einzelfragen zur Einigung und Implementation der Verhandlungsergebnisse.....	432

1. Privatrechtliche Vereinbarungen zwischen behördenunabhängigen AkteurInnen und AntragstellerInnen .....	434
2. Modifizierung des Projektantrags.....	436
3. Verwaltungsvertragsrechtliche Ausgestaltung des Mediationsergebnisses – Austausch- und Vergleichsverträge.....	440
4. Fragen zum Rechtsschutz.....	445
a) Bei informellen Absprachen.....	445
b) Im Zuge von verwaltungsvertraglichen Bemühungen.....	446
5. Rechtsfolgen aufgrund der Hinzuziehung von MediatorInnen .....	447
a) Fehlerregelung des § 59 VwVfG.....	447
b) MediatorInnen und Verschuldenshaftung .....	448
aa) Haftung aus Verschulden bei Vertragsabschluss .....	448
bb) Amtshaftungsanspruch nach Art 34 GG iVm § 839 BGB .....	449
V. Exkurs: Rechtsschutzverfahren und Mediation.....	454
A. Widerspruchsverfahren .....	454
B. Verwaltungsgerichtsbarkeit.....	458
1. Mediative Elemente im Verwaltungsprozess .....	459
2. Gerichtsverbundene Mediation oder GüterichterIn.....	460
a) Gerichtsmediation.....	461
aa) Prozedere .....	462
bb) Rechtliche Einordnung der mediativen Tätigkeit durch RichterInnen .....	462
b) Gütliche Streitbeilegung.....	465
3. Gerichtsnahe Mediation.....	466
4. Kritik .....	467
<b>3. TEIL</b>	
<b>Mediation im öffentlichen Bereich in Österreich .....</b>	<b>469</b>
I. Ausgangslage.....	469
A. Vorbemerkungen und Problemaufriss .....	469
B. Hinzuziehung von MediatorInnen .....	471
II. Staatliche Aufgabenerfüllung durch (echte) Private.....	472
A. Der Einsatz von „Privaten“ .....	472
1. Privatisierungsbestrebungen.....	473
2. Eckdaten zur Beleihung.....	475
3. Eckdaten zur Verwaltungshilfe .....	479
a) Meinungsstand .....	479
b) Eine erste Grobskizzierung .....	481
c) Grenzfälle .....	483
d) Funktionale Privatisierung und Verwaltungshilfe .....	485

B. Verfassungsrechtliche Grundlagen .....	487
1. Verfassungsrechtlicher Verwaltungsbegriff.....	488
a) Der organisatorisch geprägte Verwaltungsbegriff.....	488
b) Einordnung des Verwaltungshandelns.....	490
c) Verwaltung durch Private.....	495
2. Gesetzmäßigkeit der Verwaltung – Legalitätsprinzip.....	498
3. Gesetzesgebundenheit von Verordnungen .....	503
4. Schlichthoheitliches Verwaltungshandeln .....	507
5. Organisationsgewalt und Gesetzmäßigkeit .....	508
a) Hoheitsverwaltung durch Private und Gesetzmäßigkeit ...	512
b) Verwaltungshilfe und Gesetzmäßigkeit .....	513
6. Kompetenzverteilung.....	514
a) Materien- und Organisationsgesetzgeber .....	515
b) Annex- und Bedarfskompetenz.....	518
7. Gleichheitsgrundsatz – Sachlichkeitsgebot.....	520
8. Verfassungsrechtliches Effizienzgebot .....	521
9. Weitere Grenzen der Übertragung von hoheitlichen Befug-	
nissen .....	523
10. Einordnung der „privaten“ MediatorInnen.....	527
a) MediatorInnen und das Instrument der Verwaltungshilfe.	528
b) MediatorInnen und das Instrument der Beleihung.....	530
11. Hierarchischer Aufbau der Verwaltung, demokratische	
Legitimation und rechtsstaatliche Funktion der Gehorsams-	
pflicht.....	534
a) Verfassungsrechtliche Vorgaben .....	534
b) Staatliche Verwaltung und Private .....	537
aa) Hierarchisches Konzept, Beleihung und Mediation ....	538
bb) Hierarchisches Konzept, Verwaltungshilfe nach	
funktionaler Privatisierung und Mediation.....	546
12. Weisungsgebundene und weisungsfreie Verwaltungsführung	554
a) Weisungsbindung.....	555
b) Weisungsspezifische Einzelfragen .....	557
c) Weisungsfreiheit.....	560
aa) Die Weisungsbindung von Amtssachverständigen .....	562
bb) Die Rechtsstellung von nichtamtlichen Sachverständ-	
tigten .....	565
cc) Weisungsbindung von Spitalsärztinnen und Spitals-	
ärzten.....	567
dd) Die Rechtsstellung der Rechtsschutzbeauftragten.....	570
ee) Die Rechtsstellung des „Vertrauensmannes“ des	
Gemeindevermittlungsamts.....	574
d) Weisungsbindung und Mediation.....	586

13. Amtsverschwiegenheit.....	587
14. Auskunftspflicht.....	592
a) Die Divergenz gem Art 20 Abs 4 B-VG.....	592
b) Einzelfragen zum Recht auf Auskunft.....	597
15. Amtshilfe	598
16. Amtshaftung.....	601
a) Funktionale Privatisierung und Amtshaftung.....	606
aa) Hoheitsverwaltung und Leitungsverantwortung.....	607
bb) Vorbereitungsprivatisierung.....	607
cc) Durchführungsprivatisierung.....	608
dd) Amtshaftungsrechtliche Konsequenzen.....	610
b) MediatorInnen und Amtshaftung.....	611
C. Beziehung von Privaten – (Verwaltungs-)Rechtsverhältnisse und Rechtsschutz.....	615
1. Allgemeines.....	615
2. Rechtsnatur der Beziehungen und Inhalt des Innenverhältnisses.....	617
a) Beliehene und Staat.....	617
b) VerwaltungshelferInnen und Staat.....	619
3. Rechtsbeziehung zwischen herangezogenen Privaten und Aufgabenbetroffenen.....	624
a) Beliehene und Dritte.....	624
b) VerwaltungshelferInnen und Dritte.....	625
4. Rechtsfolgen der Unterscheidung in Bezug auf den Rechtsschutz.....	626
a) Rechtsschutzsystem.....	626
b) Rechts(schutz)folgen betreffend das Innenverhältnis.....	630
c) Bestellungsakt und Verfahrensrechtsverhältnis.....	630
d) Rechtsschutz im Verhältnis Dritter – Beliehene.....	632
e) Rechtsschutz im Verhältnis Dritter – VerwaltungshelferInnen.....	634
5. Ergebnisse aus Sicht der Mediation.....	635
III. Verwaltungshandeln und Teilnahme.....	639
A. Informelles Verwaltungshandeln.....	639
1. Informelle Verfahren und Verwaltungsrechtsverhältnisse.....	643
2. (Rechts-)Wirkungen.....	647
3. Zulässigkeit und Grenzen.....	651
4. Gesetzesvorrang.....	652
5. Gesetzesvorbehalt.....	652
6. Absprachen im Vorfeld von Einzelfallregelungen oder zur Vermeidung derselben.....	654
7. Kooperationsgespräche.....	655

8. Aushandlungsprozesse.....	659
9. (Informelle) Verständigungen und Aushandlungsprozesse innerhalb bzw neben einem Verwaltungsverfahren .....	663
10. Formalisierte (informelle) Absprachen .....	664
11. Aushandlungsprozesse und Absprachen im Zusammenhang mit abstrakt-generellen Normen.....	666
B. Teilnahme bzw Mitwirkung an der administrativen Entschei- dungsfindung durch private Betroffene.....	668
1. Good Governance – Zur „partnerschaftlichen“ Gestaltung von Lebensbereichen.....	669
2. „Führen“ der Verwaltung und Entscheidungsverantwortung	672
3. Partizipation an Sachentscheidungen der hoheitlich agie- renden Verwaltung .....	673
4. Gestaltungsmöglichkeiten bei materiell-rechtlicher Unbe- stimmtheit des behördlichen Verhaltens .....	677
5. Der Vertrag als Gestaltungs- und Steuerungsmittel.....	685
a) Der verwaltungsrechtliche Vertrag.....	686
b) Verträge subordinationsrechtlichen Charakters.....	687
aa) Zur gesetzlichen Ermächtigungsgrundlage.....	689
bb) Zur Bindungswirkung.....	691
cc) Zur Stellung verwaltungsrechtlicher Verträge – rechtspolitische Anmerkungen .....	695
c) Verträge privatrechtlichen Charakters zwischen Privaten und der Verwaltung .....	700
aa) Raumordnungsverträge .....	701
bb) Naturschutzverträge .....	706
cc) Folgerungen aus Sicht der Öffentlichkeitsbeteiligung.	706
d) Vereinbarungen zwischen Privaten im Bereich der Hoheitsverwaltung .....	708
aa) Übereinkommen nach dem Wasserrechtsgesetz.....	708
aaa) Formalvoraussetzungen für das Zustande- kommen von gütlichen Übereinkünften .....	712
bbb) Wirkungen des Übereinkommens und Aufgaben der Behörde.....	714
ccc) Wirkungen der Beurkundung .....	716
ddd) Auslegung von Übereinkommen.....	719
eee) Die Zuständigkeitsregel des § 111 Abs 3 Satz 2 WRG.....	720
fff) Behandlung privater Einsprüche gem § 113 WRG	721
ggg) Eigene Überlegungen zur Einordnung von Übereinkommen gem § 111 Abs 3 Satz 2 WRG .	722

bb) Weitere Übereinkommen zwischen Parteien im vorgegebenen Kontext .....	724
IV. Verwaltungsverfahren und Mediation .....	725
A. Strukturelle Differenzen und Durchlässigkeit .....	725
1. Grundsätzliches zum Verwaltungsverfahren .....	726
2. „Verfahrensordnung“ – zeitliche und verfahrensrechtliche Aspekte .....	728
a) Vor-, mit- oder selbstlaufende Mediation ohne Behördenbeteiligung .....	729
b) Vor- oder selbstlaufende Mediation mit Behördenbeteiligung .....	730
c) Mediation im „Vorverfahren“ .....	732
d) Mediation im Rahmen eines Verwaltungsverfahrens .....	734
3. Grobskizzierung des Verwaltungsverfahrens nach Maßgabe des AVG .....	734
4. Verwaltungsverfahrenintegrierte Mediation .....	738
a) Beweisverfahren .....	738
b) Mediation und behördliche Sachverhaltsermittlung .....	742
c) Exkurs: Verwaltungsverfahrensexterne Mediationen und Sachverhaltsermittlung .....	744
d) Mündliche Verhandlung und Mediation .....	744
aa) Grundlagen zur mündlichen Verhandlung .....	745
bb) Das mit der Verhandlungsleitung betraute Organ .....	746
cc) Aufgaben der Verhandlungsleitung .....	748
dd) Folgerungen hinsichtlich des Einsatzes von Mediation .....	750
e) Sonderbestimmungen für Großverfahren .....	753
aa) Öffentliche Erörterung des Vorhabens .....	754
bb) Öffentliche mündliche Verhandlung .....	755
cc) Großverfahren und Mediation .....	757
f) Teilnahme am Mediationsverfahren .....	758
aa) Beteiligte und Parteien .....	759
aaa) Beteiligte .....	760
bbb) Parteien .....	761
bb) Ergebnisse aus Sicht der Mediation .....	764
5. Zeitliche Direktiven – Entscheidungspflicht der Behörde .....	768
a) Damoklesschwert Devolutionsantrag? .....	769
b) Mediation als „Vorfrage“ im Ermittlungsverfahren? .....	774
6. Informiertheit im Verfahren .....	779
a) Akteneinsicht .....	779
b) (Orts-)Augenschein .....	782
7. Verwaltungsverfahrenrechtliche Vorgaben zum Einsatz von Sachverständigen .....	786



a) Amtliche und nichtamtliche Sachverständige.....	789
b) Privatsachverständige .....	792
c) „Hereinholen“ von Sachverständigen in die Mediation .....	794
aa) Einbeziehung von Befund und Gutachten von Privat-	
sachverständigen in das behördliche Verfahren.....	795
bb) Private GutachterInnen als nichtamtliche Sachver-	
ständige.....	797
cc) Amtssachverständige als PrivatgutachterInnen .....	798
d) Auswahl von Sachverständigen .....	799
e) Ausschluss- und Ablehnungsgründe.....	799
f) Die „vorgeschlagenen“ GutachterInnen.....	801
B. Fragen zur Einigung und Umsetzung der Mediationsergebnisse	803
1. Disposition über öffentlich-rechtliche Rechte und Pflichten	
sowie der Verzicht auf dieselben durch Rechtsunterworfenen.	804
a) Disponieren in Form des „Verzichts“ .....	806
b) Exkurs: Präklusion von Einwendungen .....	813
c) Privatrechtliche Vereinbarungen .....	815
d) Wirkungen des Ausgleichs gem § 43 Abs 5 AVG .....	817
e) Mediationskonsens und Rechtsmittelverzicht iwS .....	822
aa) Öffentlich-rechtliche Ebene.....	823
bb) Privatrechtliche Ebene .....	824
cc) Der konsentierter Verzicht .....	827
2. Abänderung und Zurückziehung des Antrags .....	830
3. Nebenbestimmungen .....	833
a) Allgemeines .....	833
b) Auflage.....	835
c) Bedingung.....	843
d) Befristung.....	843
e) Aushandlungsprozess und Nebenbestimmung.....	844
C. Kostenregelung .....	845
D. Befangenheitsregelungen und private MediatorInnen.....	850
<b>Resümee und administrative sowie legistische Anregungen .....</b>	<b>855</b>
I. Schlussfolgerungen aus der empirischen Untersuchung.....	855
II. Der Einsatz von Mediation.....	858
A. Abfolgemoöglichkeiten .....	858
B. Eingliederung in das Verwaltungsverfahren .....	860
C. Zu berücksichtigende Grundsätze.....	862
III. Partizipation und Teilhabe.....	866
IV. Vertragliche Gestaltungs- und Steuerungsmöglichkeiten .....	867
A. Subordinationsrechtliche Verträge .....	867

B. Verträge privatrechtlichen Charakters im Zusammenhang mit Planungsakten .....	868
C. Verwaltungsrechtliche Vereinbarungen zwischen Privaten .....	869
D. Mediationskonsens und Rechtsmittelverzicht iwS .....	870
V. Rechtsstellung der MediatorInnen.....	871
A. MediatorInnen als VerwaltungshelferInnen .....	871
B. „Beliehene“ MediatorInnen .....	873
VI. Schluss .....	876
Literaturverzeichnis .....	879
Stichwortverzeichnis .....	921